

05. 01. 87

Wi

Antrag

des Bundesministers für Wirtschaft

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ — Wirtschaftsjahr 1985 —

Der Bundesminister
für Wirtschaft

Bonn, den 30. Dezember 1986

An den
Präsidenten des Bundesrates

Nach § 2 Abs. 4, Satz 2 des Gesetzes über die weitere Sicherung des Einsatzes von Gemeinschaftskohle in der Elektrizitätswirtschaft (Drittes Verstromungsgesetz) hat der Bundesminister für Wirtschaft dem Bundestag und dem Bundesrat über das Sondervermögen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ jährlich Rechnung zu legen.

Hiermit übersende ich die Jahresrechnung 1985 mit der Bitte um Entlastung. Einen gleichlautenden Antrag habe ich an den Präsidenten des Deutschen Bundestages gerichtet.

In Vertretung
Dr. von Würzen

**Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes
„Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“
— Wirtschaftsjahr 1985 —**

I.

Durch das Dritte Verstromungsgesetz vom 13. Dezember 1974 in der Fassung vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137) ist der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes als unselbständiges Sondervermögen des Bundes gebildet worden; er wird vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft verwaltet.

Aus dem Ausgleichsfonds werden nach Maßgabe dieses Gesetzes Zuschüsse zur Förderung des Einsatzes von Steinkohle in der Kraftwirtschaft gewährt und die Kosten der Verwaltung des Sondervermögens bestritten. Eine Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1975 bis 1985 ist als Anlage 1 beigelegt. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden durch eine Ausgleichsabgabe aufgebracht. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft ist gemäß § 2 Abs. 6 Drittes

Verstromungsgesetz ermächtigt, bis zur Höhe von 500 Millionen DM Kredite zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite) aufzunehmen.

Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft hat für jedes Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft bedarf. Der Bundesminister für Wirtschaft hat dem Bundestag und dem Bundesrat bis zum Ende des nächsten Wirtschaftsjahres zur Entlastung gesondert Rechnung zu legen.

II.

Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds haben sich im Wirtschaftsjahr 1985 wie folgt entwickelt (eine Übersicht nach Bundesländern befindet sich in Anlage 2):

Haushaltsrechnung 1985
für das Sondervermögen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
	Einnahmen				
099	Ausgleichsabgabe	2 127 893 154,71	2 100 000 000,—	27 893 154,71	—
119/1	Vermischte Verwaltungseinnahmen	84 729,58	—	84 729,58	—
119/2	Zinsen für überzahlte Zuschüsse und sonstige Zinseinnahmen	5 177 930,89	200 000,—	4 977 930,89	—
119/3	Rückzahlungen von Zuschüssen aus Vorjahren .	43 867 545,93	60 000 000,—	—	16 132 454,07
119/4	Verwahrungen	—	—	—	—
132	Veräußerung eines Kraftfahrzeugs	—	—	—	—
162	Zinserträge aus Festgeldanlagen sowie beim Girokonto	3 675 713,56	2 000 000,—	1 675 713,56	—
325	Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt — Nettokreditaufnahme —	—	—	—	—
360	Übertrag aus dem Vorjahr	1 421 657,36	1 422 000,—	—	342,64
	Gesamteinnahmen	2 182 120 732,03	2 163 622 000,—	34 631 528,74	16 132 796,71

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben				
	Personalausgaben				
422 41	Bezüge der planmäßigen Beamten	1 145 214,22	1 272 000,—	—	126 785,78
425 41	Vergütung der Angestellten	2 181 146,53	2 358 000,—	—	176 853,47
427 41	Vergütung und Löhne für Aushilfskräfte, deren Arbeitsverträge auf längstens 12 Monate befristet sind	201 963,84	370 000,—	—	168 036,16
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften	34 691,12	55 000,—	—	20 308,88
513	Post- und Fernmeldegebühren	118 656,98	120 000,—	—	1 343,02
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	29 754,03	48 000,—	—	18 245,97

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
516	Dienst- und Schutzklei- dung, persönliche Ausrü- stungsgegenstände	—	1 000,—	—	1 000,—
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	117 002,22	130 000,—	—	12 997,78
518	Mieten und Pachten	420 412,74	430 000,—	—	9 587,26
519	Unterhaltung der Grund- stücke und baulichen An- lagen	862,90	2 000,—	—	1 337,10
525	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	60,60	11 000,—	—	10 939,40
526/1	Gerichtskosten	15 781,29	180 000,—	—	164 218,71
526/2	Kosten für Sachverständi- ge	485 395,47	730 000,—	—	244 604,53
526/3	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnli- chen Ausschüssen	2 260,86	4 000,—	—	1 739,14
527/1	Reisekostenvergütung für Inlandsdienstreisen	70 405,99	65 000,—	5 405,99 ¹⁾	—
527/2	Reisekostenvergütung für Auslandsdienstreisen ...	1 149,—	4 000,—	—	2 851,—
527/3	Reisekosten für Aus- und Fortbildung von Bedien- steten	—	4 000,—	—	4 000,—
532	Wartung von Software ..	24 821,51	40 000,—	—	15 178,49
539	Vermischte Verwaltungs- ausgaben einschließlich Gemeinkostenzuschlag ..	530 394,25	610 000,—	—	79 605,75
	Ausgaben für den Schuldendienst				
575	Zinsausgaben für Kassen- verstärkungskredite	1 668 032,59	4 000 000,—	—	2 331 967,41
595	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt ²⁾	181 355 000,—	118 086 000,—	63 269 000,—	—
	Erstattungen				
671	Erstattung überzahlter Ausgleichsabgabe und von Verzugszinsen frühe- rer Jahre	40 523 735,67	60 000 000,—	—	19 476 264,33
	Ausgaben für Investitionen				
812	Erwerb von Geräten, Aus- stattungs- und Ausrü- stungsgegenständen im Inland	22 572,—	102 000,—	—	79 428,—

¹⁾ Deckung gemäß § 4 Abs. 6 HG 1985 bei Titel 539.

²⁾ Siehe Finanzierungsrechnung.

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
	Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen nach dem Dritten Verstromungsgesetz³⁾ — Die Ausgaben sind gegenseitig deckungs- fähig —				
683/1	Zuschüsse nach § 3 Abs. 1 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetriebnahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971	13 764 735,31	1 000 000,—	12 764 735,31	—
683/2	Zuschüsse nach § 3 Abs. 2 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966	12 851 158,49	5 000 000,—	7 851 158,49	—
683/3	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetriebnahme ab 18. Dezember 1974	5 085 042,60	4 000 000,—	1 085 042,60	—
683/4	Zuschüsse zu Stromtrans- portkosten nach § 4 Abs. 2	13 737 771,02	19 000 000,—	—	5 262 228,98
683/5	Zuschüsse zu Stromtrans- portkosten nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Zweites Verstro- mungsgesetz	—	—	—	—
683/6	Zuschüsse nach § 16 Abs. 2 (§ 12 Abs. 2 a. F.) — Minderpreisverträge —	507 195,31	1 000 000,—	—	492 804,69
683/7	Zuschüsse für Mehrko- stenausgleich in besonde- ren Fällen nach § 3 a. F.	—	—	—	—
683/8	Zuschüsse für Zusatz- mengen nach § 5 (§ 3 b a. F.)	1 288 447,43	1 000 000,—	288 447,43	—
683/9	Zuschüsse für Options- mengen nach § 3 b Abs. 11 a. F.	—	—	—	—
683/10	Zuschüsse für nieder- flüchtige Kohle nach § 6 Abs. 1	130 821 222,68	126 000 000,—	4 821 222,68	—
683/11	Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden nach § 6 Abs. 2	133 131 262,96	120 000 000,—	13 131 262,96	—
683/12	Zuschüsse für eine Ver- stromungsreserve nach § 7	20 893 178,55	23 000 000,—	—	2 106 821,45
683/13	Zuschüsse nach § 5 Abs. 1 und 3 — Mehrkosten ge- genüber Drittlandskohle	1 300 721 731,81	1 267 000 000,—	33 721 731,81	—

³⁾ Die Mehrausgaben bei verschiedenen Titeln sind gemäß Deckungsvermerk durch Minderausgaben bei anderen Titeln gedeckt.

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
892/1	Zuschüsse zu Investi- tionskosten von Kraft- werksneubauten nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2, Inbe- triebnahme 18. Dezember 1974 bis 31. Dezember 1987	247 709 420,—	405 000 000,—	—	157 290 580,—
892/2	Zuschüsse zu den Umrü- stungskosten von öl- so- wie öl-/gasbefeuereten Heizkraftwerken nach § 4 Abs. 1 Satz 3	4 829 609,57	3 000 000,—	1 829 609,57	—
	Gesamtausgaben:	2 114 289 889,54	2 163 622 000,—	138 767 616,84	188 099 727,30

Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
			mehr DM	weniger DM
Abschluß				
Ausgleichsabgabe	2 127 893 154,71	2 100 000 000,—	27 893 154,71	—
Verwaltungs- und Zinseinnahmen	52 805 919,96	62 200 000,—	—	9 394 080,04
Schuldenaufnahme auf dem Kre- ditmarkt	—	—	—	—
Übertrag aus Vorjahr	1 421 657,36	1 422 000,—	—	342,64
Gesamteinnahmen	2 182 120 732,03	2 163 622 000,—	18 498 732,03	—
Personalausgaben	3 528 324,59	4 000 000,—	—	471 675,41
Sächliche Verwaltungsausgaben .	1 851 448,96	2 434 000,—	—	582 551,04
Ausgaben für den Schuldendienst	183 023 032,59	122 086 000,—	60 937 032,59	—
Erstattungen	40 523 735,67	60 000 000,—	—	19 476 264,33
Ausgaben für Investitionen	22 572,—	102 000,—	—	79 428,—
Zuschüsse an Kraftwerksunter- nehmen	1 885 340 775,73	1 975 000 000,—	—	89 659 224,27
Gesamtausgaben	2 114 289 889,54	2 163 622 000,—		49 332 110,46
Überschuß	67 830 842,49			

Finanzierungsrechnung: Kreditaufnahme vom Kreditmarkt: 327 100 000,— DM
Tilgungen 508 455 000,— DM
Nettotilgungen 181 355 000,— DM

III.

1. Einnahmen

Die Gesamteinnahmen betrugen rd. 2 182 Mio. DM. Sie setzen sich zusammen aus Guthaben (1,4 Mio. DM), Zinseinnahmen (8,9 Mio. DM), Rückzahlungen von Zuschüssen (43,9 Mio. DM) sowie Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe (2 127,9 Mio. DM).

- a) Die *Bruttoeinnahmen aus der Ausgleichsabgabe* erreichten im Jahre 1985 bei gegenüber dem Vorjahr gleichgebliebenem Abgabesatz von 3,5% rd. 2 127,9 Mio. DM. Hiervon waren Erstattungen in Höhe von 40,5 Mio. DM abzuziehen, die sich aus der Jahresendabrechnung ergeben. Die Nettoeinnahmen betrugen somit rd. 2 087,4 Mio. DM und lagen nur um rd. 12,6 Mio. DM unter dem erwarteten Ansatz von 2 100 Mio. DM. Damit entsprachen die Einnahmen weitgehend den Erwartungen.
- b) Die *Zinseinnahmen* aus überzahlten Zuschüssen (rd. 5,2 Mio. DM) und aus Festgeldanlagen (rd. 3,7 Mio. DM) beliefen sich auf insgesamt rd. 8,9 Mio. DM. Die Planansätze wurden damit um insgesamt 6,7 Mio. DM überschritten.
- c) *Schuldenaufnahme* (Nettokreditaufnahme) am Kreditmarkt erfolgte 1985 wie vorgesehen nicht. Die Verschuldung aus 1984 von rd. 181,4 Mio. DM wurde zum 31. Dezember 1985 auf Null zurückgeführt.

2. Ausgaben

Die Gesamtausgaben betrugen 1985 rd. 2 114 Mio. DM und lagen damit um rd. 49 Mio. DM unter den erwarteten Werten. Die Unterschreitung ist hauptsächlich auf die Minderausgaben für Zuschüsse zurückzuführen. Die Bruttoausgaben für Zuschüsse (89% der Gesamtausgaben) betrugen rd. 1 885,3 Mio. DM; nach Abzug der Rückzahlungen aus Vorjahren (43,9 Mio. DM) ergibt sich eine Nettoausgabe für Zuschüsse von rd. 1 841,4 Mio. DM.

a) Zuschüsse

- aa) Zu Mehrausgaben kam es vor allem beim Mehrkostenausgleich gegenüber Drittlandskohle, beim Ölausgleich, dem Ausgleich von Revierunterschieden sowie bei den Zuschüssen für schwer verstrombare, niederflüchtige Kohle.
 - Der Mehrbetrag von rd. 33,7 Mio. DM beim Mehrkostenausgleich Gemeinschaftskohle/Importkohle ergibt sich daraus, daß 1985 unerwartet hohe Restansprüche aus den Vorjahren geltend gemacht wurden.
 - Beim Mehrkostenausgleich Kohle/Öl führte der seit Juni 1985 absinkende Preis für schweres Heizöl zu Mehrausgaben in Höhe von ca. 21,7 Mio. DM gegenüber dem Ansatz.
 - Die Zuschußzahlungen für den Revierausgleich überschritten den Planansatz um rd. 13,1 Mio. DM. Diese Entwicklung ist vor al-

lem auf den Anstieg der angemessenen Preise für Kohle der Außenreviere zurückzuführen; diese Preise erhöhten sich stärker als die des Vergleichsreviers Ruhr.

- Der Mehrbedarf an Zuschüssen für den erschwerten Einsatz von niederflüchtiger Kohle in Höhe von rd. 4,8 Mio. DM ist auf Restbedarf aus den Vorjahren zurückzuführen.

- bb) Die Minderausgaben entstanden vor allem bei den Investitionskostenzuschüssen für Kraftwerksneubauten (rd. 157,3 Mio. DM) und bei den Zuschüssen zu Stromtransportkosten (rd. 5,3 Mio. DM).

- Die in der Planung angenommenen Werte für Investitionskostenzuschüsse wurden unterschritten, da sich Bauvorhaben (Kraftwerksneubauten) verzögerten.
- Ferner entstand ein Minderbedarf bei den Zuschüssen zu den Stromtransportkosten in Höhe von rd. 5,3 Mio. DM. Dieser erklärt sich daraus, daß im Jahre 1985 für geringere Strombezugsmengen als veranschlagt Anträge auf Auszahlung von Zuschüssen gestellt wurden.

b) Verwaltungsausgaben

Die Verwaltungsausgaben von 5,4 Mio. DM überstiegen den Vorjahresbetrag um 0,6 Mio. DM, unterschritten jedoch den Planansatz um 1,1 Mio. DM. Aufgrund der guten Liquiditätsslage konnte der aus dem Vorjahr übernommene Kassenverstärkungskredit (181,4 Mio. DM) nicht nur, wie geplant, um 118,1 Mio. DM, sondern in voller Höhe zurückgeführt werden. Deshalb lagen die Ausgaben für Kreditzinsen in Höhe von 1,7 Mio. DM um 2,3 Mio. DM niedriger als eingeplant.

IV.

Das Vermögen des Ausgleichsfonds hat sich im Wirtschaftsjahr 1985 wie folgt entwickelt:

	in Mio. DM
Guthaben aus 1984	1,4
Ausgleichsabgabe, Verwaltungs- und Zinseinnahmen	2 180,7
Gesamteinnahmen	2 182,1
Ausgaben	1 932,9
Schuldentilgung	181,4
Gesamtausgaben	2 114,3
Guthaben am 31. Dezember 1985	67,8
Verschuldung	
Stand der Verschuldung am 1. Januar 1985	181,4
Nettotilgungen 1985	181,4
Stand der Verschuldung am 31. Dezember 1985	0

Anlage 1

Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1975 bis 1985

Jahr	Menge in 1 000 t SKE	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1975	24 312	
1976	30 644	+ 26,0
1977	29 556	∕ 3,6
1978	32 208	+ 9,0
1979	33 611	+ 4,4
1980	34 089	+ 1,4
1981	36 322	+ 6,6
1982	36 175	∕ 0,4
1983	39 679	+ 9,7
1984	39 692	+ 0,0
1985	37 033	∕ 6,7

Anlage 2

Aufstellung der gezahlten Zuschüsse und der vereinnahmten Ausgleichsabgabe nach Bundesländern für das Jahr 1985

Bundesland	Zuschuß*) in 1 000 DM	Ausgleichs- abgabe**) in 1 000 DM
Schleswig-Holstein .	5 472	62 189
Hamburg	44 834	78 506
Niedersachsen	145 530	220 846
Bremen	11 384	19 871
Nordrhein-Westfalen	985 447	770 538
Hessen	47 983	155 541
Rheinland-Pfalz	71 324	123 648
Baden-Württemberg	403 975	290 935
Bayern	72 369	321 366
Saarland	43 776	32 743
Berlin	53 246	51 080
Gesamt***)	1 885 340	2 127 263

*) bezogen auf den Sitz des Unternehmens

**) Auswertungen nach dem Abgabesatz der Bundesländer (Soll-Stellungen)

***) Abweichungen durch Rundung einzelner Zahlen

13.03.87

Beschluß**des Bundesrates**

zur

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes "Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes"
- Wirtschaftsjahr 1985 -

Der Bundesrat hat in seiner 574. Sitzung am 13. März 1987 beschlossen, dem Bundesminister für Wirtschaft gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 des Dritten Verstromungsgesetzes die Entlastung für die Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes "Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes" für das Wirtschaftsjahr 1985 zu erteilen.